

## **Budgetdebatte 1 - wenig Spektakuläres, wenig Neues, aber immerhin zumeist richtige Entscheide - und eine überraschende Wendung**

Michael Zeugin ging mit der sogenannten Vier-Gewinnt-Regierung zu Recht hart ins Gericht, sind die Ausgaben doch massiv angewachsen. Und dabei ist der Anteil der Ausgaben für Investitionen und für neue Wachstumsfördernde Infrastrukturprojekte tief. Die aktuelle Regierung blockiert sich seit Jahren mit einem Kleinkrieg über die künftige Immobilienstrategie. Sie muss sich vorwerfen lassen, dass sie nicht annähernd die selbst geplanten Investitionen in die eigenen Immobilien umsetzen konnte.

Das Ausgabenwachstum der vergangenen und auch der kommenden Jahre stellt eine klassische Erhöhung der Staatsquote dar. Mehr als ärgerlich ist, dass der Regierungsrat mit dem ersten Voranschlag in dieser Legislatur beschlossen hat, den Indikator der Staatsquote im Kanton Zürich nicht mehr auszuweisen. Leider haben wir Grünliberalen uns beim Voranschlag 2012 erfolglos für die Beibehaltung des Indikators der Staatsquote eingesetzt. Heute wären wir froh um diese Transparenz.

Das Budget 2015 und der Konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) zeigt, dass auch in den kommenden Jahren mit vielen neuen Ausgaben zu rechnen ist. Es scheint, als ob es sich der Regierungsrat in den vergangenen Jahren ganz schön bequem eingerichtet hat. Ein Blick auf den Mittelfristigen Ausgleich zeigt aber, dass die neue Regierung nach den Wahlen vermutlich als erstes ein Sanierungspaket im Umfang von rund einer Milliarde schnüren muss. Wir fordern den alten Regierungsrat auf, diesbezüglich noch vor den Wahlen Transparenz zu schaffen und werden dazu noch während der Budgetdebatte eine entsprechende Anfrage einreichen.

Damit wir in den kommenden Jahren unnötige Härten vermeiden können, ist es wichtig, dass wir bereits heute neue Ausgaben wenn immer möglich vermeiden. Es wäre pure Torheit, in der aktuellen Situation die Ausgaben noch stärker ansteigen zu lassen. Wir Grünliberalen werden uns auch in dieser Budgetberatung für einen gesunden Staatshaushalt einsetzen. Entsprechend werden wir uns in unzähligen Leistungsgruppen für Budgetkürzungen aussprechen und damit zusätzliche neue Ausgaben vermeiden. Denn es wäre falsch, in der aktuellen guten wirtschaftlichen Lage unnötig einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu gefährden.

Die Diskussion war in vielen Fällen ausufernd - vor allem deshalb, weil wir mit einer Mehrheit für die Umsetzung einer **Leistungsmotion** sind, die verlangt, dass die durchschnittlichen **Kosten pro bestehender Vollzeitstelle** in jeder Leistungsgruppe bis 2016 nicht stärker ansteigen als die Teuerung - und diese Forderung bei jeder einzelnen Position von der Linken wortreich bekämpft wurde. Wir haben diese Leistungsmotion überall konsequent unterstützt, auch bei der Polizei, wo die Diskussion kaum noch enden wollte und man sich gegenseitig nochmals erklärte, dass die überproportionalen Kostensteigerungen bekämpft werden, auch bei der Polizei - und so wurde dem Antrag auch zugestimmt, wenn auch relativ knapp.

Bei den einzelnen Anträgen haben wir bei den meisten Abstimmungen mit den bürgerlichen Partnern gestimmt. Bei der **Jugendstrafpflege** unterlagen wir mit links-grün, dies wegen einer eigentlichen "Carlosdebatte" und eine Ratsmehrheit kürzte das Budget um ganze 10% oder über 4 Mio.- dabei sollte es nicht um Einzelfälle gehen. Und ja, beim Fall Carlos lief einiges schief. Nicht nur die Kosten liefen aus dem Ruder, vor allem aber auch die Kommunikation der Direktion gegen aussen.

Wir wollten die Gelder weiterhin sprechen, um Rückfallgefahren zu mindern, die allgemeine Sicherheit zu erhöhen und somit langfristig Kostenersparnis zu erreichen.

Wir wehren uns dagegen, aufgrund eines Einzelfalls, die gesamte Jugendstrafrechtspflege in Frage zu stellen und mit Einsparungen zu bestrafen.

Beim **Strafvollzug Erwachsene** sahen wir hingegen tatsächlich Einsparpotenzial - und unterstützten einen Antrag von CHF 6.5 Mio., welcher das Budget auf den Wert von 2013, nämlich 183 Mio. zurückführt.

Eine weitere grössere Diskussion entwickelte sich auch um die Gelder für die **Fachstelle Integration** - wo wir die Kürzung um CHF 800'000 ablehnten, um die Arbeit der Fachstelle nicht zu schmälern und damit das Integrationsprogramm in den Gemeinden weitergeführt werden kann, wo Bedarf besteht. Gekürzt wurde trotzdem, mit 87 : 84 war es sehr eng...

Unseren Antrag auf Kürzung bei der **Polizei** haben wir zurückgezogen - wir wären alleine geblieben, weil bei der Polizei auch SVP und FDP nicht bereit sind, die Aufwandsteigerungen zu brechen und wir nicht Jahr für Jahr zu viel Geld zuweisen müssen. Der Sollbestand ist erreicht, damit braucht es eigentlich auch keine weitere Aufwandsteigerung - affaire a suivre...

Spannend war ein Antrag von transportgewerbefreundlichen Kreisen für eine Budgetverschlechterung **Strassenverkehrsamt** - die wir selbstverständlich nicht gewillt waren, hinzunehmen - jetzt halt mit links-grün. Und es war nicht abzusehen: aber wir gewannen die Abstimmung tatsächlich...

Beim **Sozialamt** hiess es in der Kommission, dass kein Handlungsspielraum für Kürzungen bestehe, wie diese von einer Mehrheit in der Kommission gefordert worden waren - ausser bei den Einrichtungen der IV. Diese wollten wir nicht treffen. Im Verlauf der Debatte wurde vom Regierungsrat die Zusicherung gemacht, dass die sozialen Einrichtungen nicht getroffen werden würden. Damit hatten wir die seltene Situation, dass ein Votum im Rat tatsächlich etwas an einer intensiv diskutierten Fraktionsmeinung ändert und reagierte entsprechend. Mit dieser Zusage unterstützte ein Teil nach kurzer Überlegung teilweise die Budgetverbesserung, ein Teil enthielt sich und ein Teil hielt am ursprünglichen Antrag fest. Der Rat beschloss schliesslich die Budgetverbesserung.

Und zum Schluss scheiterten wir mit einem eigenen Antrag für eine Budgetverbesserung beim **Sportamt**. Wir haben festgestellt, dass bei diesem neuen Amt stetige Aufwandsteigerungen von 15% pro Jahr eingestellt sind. Mit unserem Antrag schafften wir es, auf eine Verwesentlichung hinzuwirken. ...und trendige Sportarten entstehen nicht in den Amtsstuben, wo die Kosten entstehen...die Niederlage nehmen wir sportlich...